

## SPD-Abgeordneter fordert Daten zur Gewalt an jeder Schule

Der Neuköllner SPD-Abgeordnete Joscha Langenbrinck fordert, dass Berliner Schulen jeden Gewaltvorfall melden müssen. „Nur wenn es eine solche schulbezogene Statistik gibt, können wir uns ein realistisches Bild von der Situation an den Schulen machen und entsprechend handeln“, sagte er. Langenbrinck hatte in einer Kleinen Anfrage danach gefragt, wie viele Gewaltvorfälle es in den vergangenen Jahren an jeder Schule gab. Bildungsstaatssekretär Mark Rackles hat ihm daraufhin jedoch mitgeteilt, dass eine Differenzierung nach Tatbeständen, einzelnen Schulen und Bezirken im zeitlichen Rahmen der Beantwortung nicht möglich sei.

Langenbrinck will das nicht hinnehmen. „Die Daten müssen vorliegen, sie

sind schließlich die Grundlage für den Gewaltbericht, den die Bildungsverwaltung jedes Jahr veröffentlicht“, sagte er. Sollte es die Daten nicht geben, frage er sich, auf welcher Grundlage Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) den Gewaltbericht verfasst hat. Der SPD-Abgeordnete kritisierte darüber hinaus, dass die Schulen Gewaltvorfälle der Stufe 1 – dazu gehören Beleidigungen, Drohungen, Mobbing, Suchtmittelkonsum – nicht mehr melden müssen. Gerade diese Taten hätten in der Vergangenheit stark zugenommen. Sie würden den Alltag an vielen Schulen prägen. „Wenn wir wissen wollen, wie es wirklich um unsere Schulen steht, muss es wieder Pflicht werden, die Vorfälle der Stufe 1 zu melden“, so Langenbrinck.

2011 hatte Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) die Meldepflicht für Schulen gelockert. Bei Beleidigungen, Prügeleien und Sachbeschädigungen sollten die Schulleiter im Rahmen einer „Entbürokratisierung“ künftig selbst entscheiden, ob sie die Fälle an die Senatsverwaltung melden oder nicht. Das Ergebnis: 2012 meldeten viele Schulen keine Vorfälle. Nur 40 Prozent der Einrichtungen haben überhaupt über Gewalt berichtet. Inzwischen ist das anders. Beate Stoffers, Sprecherin von Bildungssenatorin Scheeres, sagte, dass die Schulen sensibel mit Gewaltvorfällen umgehen und oft auch Vorfälle der Stufe 1 melden würden.

Staatssekretär Rackles betonte zudem, dass es sehr aufwendig sei, Daten für jede Schule zusammenzutragen. „Im Übrigen wollen wir kein Negativranking, sondern sind froh, dass die Schulen offen mit ihren Problemen umgehen“, sagte er. *kl*